

Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende



48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in: Kai Gehring (KV Essen)

Änderungsantrag zu FS-12

Nach Zeile 309 einfügen:

Die Auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik gewinnt angesichts geopolitischer Krisen massiv an Bedeutung. Sie trägt maßgeblich dazu bei, durch Bildungs- und Forschungsk Kooperationen große globale Herausforderungen zu bewältigen, kulturelle Brücken zu bauen und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Innovationsstandortes zu sichern. Wissenschaftsdiplomatie muss daher ein zentraler Aspekt der deutschen Außenpolitik sein. Der Deutscher Akademischer Austauschdienst, die Alexander von Humboldt-Stiftung, das Goethe Institut und die deutsche UNESCO-Kommission leisten von Schutzprogrammen für bedrohte Wissenschaftler*innen und Studierende, über Sprachkurse und Austauschprogramme, bis hin zu Stipendien für internationale Spitztalente einen essenziellen Beitrag für eine aktive und zielgerichtete Außenwissenschaftspolitik. Die Finanzierung der Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur-Bildungs- und Wissenschaftspolitik muss, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, jährlich verlässlich erhöht werden. Da sich globale Probleme nur gemeinsam lösen lassen, fördern wir die europäische sowie internationale Vernetzung und Zusammenarbeit in Studium, Forschung und Lehre auch durch Weiterentwicklung der Internationalisierungsstrategie. Dabei stellen wir sicher, dass Kooperationen auf unseren freiheitlichen Werten aufbauen und die Freiheit von Forschung und Lehre nicht durch externen Einfluss eingeschränkt oder gefährdet wird.

Begründung

Gerade angesichts der Herausforderungen, die sich durch die Zeitenwende stellen, muss die Wissenschaftsdiplomatie und die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik als wichtiger Bestandteil einer Grünen Friedens- und Sicherheitspolitik verstanden werden.

Eine Kürzung der finanziellen Mittel von Organisationen der auswärtigen Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik würde wichtige Programmlinien und Projekte für Gleichberechtigung, kulturellen Austausch und akademische Kooperationen gefährden und stünde nicht im Einklang mit einer feministischen Außenpolitik.

Damit möchten wir auch die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag unterstreichen. Dort steht auf Seite 23:

- "Nie war internationale Kooperation wichtiger. Daher räumen wir ihr einen hohen Stellenwert ein. Wir verteidigen Wissenschaftsfreiheit im In- und Ausland, stärken Schutzprogramme und werden die Internationalisierungsstrategie im Dialog weiterentwickeln."
- und " Wir werden die institutionelle Förderung von Deutschem Akademischen Austauschdienst (DAAD) und Alexander von Humboldt Stiftung (AvH) analog zum Pakt für Forschung und Innovation erhöhen."

weitere Antragsteller*innen

Laura Kraft (KV Siegen-Wittgenstein); Julia Eisentraut (KV Lippe); Janina Singh (KV Siegen-Wittgenstein); Sören Linus Krombach (KV Siegen-Wittgenstein); Viola von Cramon (KV Göttingen); Antje Westhues (KV Bochum); Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow); Max Lucks (KV Bochum); Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Martin Heilmann (KV Siegen-Wittgenstein); Svenja Karoline König (KV Siegen-Wittgenstein); Stephan Neumann (KV Essen); Sabrina Grübener (KV Heinsberg); Ulrike Gote (KV Kassel-Stadt); Lea Marie Heidbreder (KV Landau); Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Anselme Champollion (KV Siegen-Wittgenstein); Laura Neugebauer (KV Berlin-Mitte); Björn Eckert (KV Siegen-Wittgenstein); sowie 37 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.